

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Der Mehrjährige Finanzrahmen – Verhandlung um den EU-Haushalt bis 2027](#) 2
[Tirol-Besuch der Verkehrskommissarin ist Thema in EU-Parlamentsdebatte](#) 4

In eigener Sache

- [Büro-Besuch der JUNOS](#) 6

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- [Die digitale Zukunft Europas – Kommission stellt Strategie vor](#) 7
- [100 Millionen Euro für Programm LIFE](#) 9

Europäisches Parlament

- [Europäischer Bürgerpreis 2020](#) 11

Rat der Europäischen Union

- [Faire Besteuerung: EU aktualisiert Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke](#) 12
- [Außenminister einigen sich auf neue Mission vor libyscher Küste](#) 12

Sonstiges

- [Interreg-Programm feiert Jubiläum – 30 Jahre grenzüberschreitende Zusammenarbeit](#) 13
- [Together for Albania— 1,15 Mrd. Euro für Wiederaufbau nach Erdbeben in Albanien](#) 14

Laufende Konsultationen 15

Tagesordnungen der Institutionen 16

Impressum 16

Gemeinsatme Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Der Mehrjährige Finanzrahmen – Verhandlung um den EU-Haushalt bis 2027

In Brüssel dreht sich diese Woche alles um das Geld: Genauer gesagt um den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), also den langfristigen EU-Haushaltsplan von 2021 bis 2027.

Der MFR gibt die Obergrenzen für die Ausgaben der EU an und stimmt diese mit den politischen Prioritäten ab. Konkret wird also festgelegt, wie viel Geld die EU in den nächsten sieben Jahren in welche Politik-Bereiche investiert. Damit stellt der MFR gewissermaßen auch ein politisches Leitgerüst dar, das vorgibt, welche Bedeutung einzelnen Themen in den nächsten sieben Jahren zukommen. Hier wird festgelegt, wie viel Geld zum Beispiel in Bildung, Landwirtschaft oder Kohäsionsprogramme investiert wird. Um die Planungssicherheit zu gewährleisten, wird der MFR – im Gegensatz zu nationalen Haushaltsplänen – langfristig, also auf sieben Jahre, geplant.

Das Geld für den EU-Haushalt kommt aus mehreren Quellen: Zum einen sind es direkte Einnahmen der EU, wie Zoll und Geldbußen für Unternehmen, die gegen EU-Wettbewerbsrecht verstoßen. Den größten Teil des EU-Budgets finanzieren jedoch die einzelnen Mitgliedsstaaten, die einen gewissen Prozentsatz ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) – also der gesamten Wirtschaftsleistung des Staates – nach Brüssel überweisen. Selbstverständlich kommt dieses Geld in Form von Förderungen, Investitionen und Projekten wieder in die Länder zurück, unterstützt also direkt die Bürgerinnen und Bürger. Nur sechs Prozent werden für die Verwaltung ausgegeben, der Rest fließt direkt in die Länder, Regionen, Gemeinden, Universitäten usw. Vorgeschlagen wird der MFR von der Europäischen Kommission. Anschließend müssen sowohl der

Europäische Rat als auch das Europäische Parlament in gemeinsamen Verhandlungen mit der Kommission eine Kompromissentscheidung fällen. Ein schwieriger Prozess, denn die verschiedenen Institutionen haben unterschiedliche Ansichten, wie der MFR gestaltet werden soll. Zentraler Streitpunkt: Wie viel Geld müssen die einzelnen Mitgliedsstaaten bezahlen. Eine wesentliche Frage für die nächsten Jahre, denn je weniger Geld aus den Mitgliedsstaaten kommt, desto weniger Geld steht der EU für Investitionen, wie zum Beispiel dem „Green Deal“, zur Verfügung. Ein zusätzliches Problem stellt der Brexit dar. Durch den Austritt des Vereinigten Königreichs wurde ein Loch von 60 Milliarden Euro in den gemeinsamen Haushalt gerissen.

In ihrem [ersten Vorschlag 2018](#) präsentierte die EU-Kommission einen MFR mit einem Volumen von 1,135 Billionen Euro. Dies würde bedeuten, dass die 27 Mitgliedsstaaten je 1,11 Prozent des BNE beisteuern müssten. Im Vergleich: Bisher – im MFR 2014-2020 – betrug die Abgabehöhe 1,16 Prozent. Für einige Mitgliedsstaaten – darunter Dänemark, Niederlande, Österreich und Schweden – ist dieser Betrag zu hoch. Die sogenannten „Nettozahler“ fordern eine Beitragshöhe von einem Prozent des BNE. Als erste mögliche Kompromisslösung unter den EU-Mitgliedsstaaten präsentierte Ratspräsident Charles Michel vergangene Woche einen neuen Vorschlag, in dem das Volumen des MFR 2021-2027 insgesamt 1,074 Prozent des BNE betragen soll, was



Thema der Woche

insgesamt 1,094 Billionen Euro entspricht. Doch nicht nur im Rat – also unter den Mitgliedsstaaten – muss eine Einigung gefunden werden. Auch das Europäische Parlament hat seine Zustimmung zu geben. Dieses positionierte sich jedoch klar gegen den Vorschlag von Michel: In mehreren Diskussionen betonten die Abgeordneten die Wichtigkeit einer ausreichenden Finanzierung für das Erreichen gemeinsamer Ziele, wie die Bekämpfung des Klimawandels, die digitale und ökologische Wende und die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger (Wir berichteten im [NL 06-20](#)). Demnach sei eine Kürzung des Haushaltes keine Lösung. Daher fordert das Europäische Parlament konträr zum Rat einen MFR mit einem Volumen von 1,324 Billionen Euro bei einer Abgabehöhe von 1,30 Prozent des BNE. Hinter dieser Forderung stehen auch die meisten österreichischen EP-Abgeordneten. So unterstrich Othmar Karas (EVP), Vizepräsident des Europäischen Parlaments, die Bedeutung des EU-Haushaltes und die Vorteile eines ausgewogenen MFR. Zudem sprach er sich klar gegen die Behauptung aus, „Nettozahler“-Staaten würden mehr Geld in die EU einzahlen, als insgesamt herauszubekommen:

„94 Prozent der Ausgaben fließen in die Mitgliedsstaaten zurück. Ein Euro aus der EU bewirkt drei Euro an Investitionen. Ein Einzahlen in eine Gemeinschaft, der wir angehören, ist ein Einzahlen in Projekte, in Zukunft, in Inhalte. Es ist eine Investition.“

Auch Monika Vana von den Grünen betonte, wie wichtig eine ausreichende Finanzierung der EU sei:

„Wir stellen fest, dass es eine große finanzielle Lücke gibt zwischen den Vorschlägen des Rates und dem was es braucht. Der Green Deal muss mit vernünftigen Mitteln ausgestattet werden. Das ist derzeit nicht annähernd gewährleistet. Der derzeitige Ratsvorschlag

stellt eine radikale Kürzung dar, die die Erfüllung der Aufgaben unmöglich macht. Es bedarf einer grundlegenden Reform des EU-Budgets, um das peinliche nationale Feilschen zu beenden.“

(Mehr Statements der österreichischen EU-Abgeordneten zum MFR finden Sie [hier](#).)

Ab Donnerstag, 20. Februar fand in Brüssel ein EU-Sondergipfel statt, in dem sich die Staatsoberhäupter der EU-Mitgliedsstaaten auf eine gemeinsame Position zum MFR einigen wollten, um in Verhandlungen mit dem Parlament einsteigen zu können. Aufgrund der unterschiedlichen Vorstellungen einzelner Mitgliedsstaaten waren zähe Verhandlungen bereits im Vorfeld zu erwarten. Tatsächlich konnte im 48 Stunden andauernden Sondergipfel keine Lösung gefunden werden. Zu groß waren die Differenzen zwischen Staaten, die sich gegen Kürzungen des EU-Haushaltes vor allem im Bereich Landwirtschaft und Kohäsion aussprechen und jenen Ländern, die zukünftig weniger Geld in den MFR einzahlen möchten. Nach dem gescheiterten Gipfel betonte Ratspräsident Charles Michel, dass mehr Zeit benötigt wird, um eine Einigung erreichen zu können. Doch genau diese Zeit ist begrenzt: Bis Jahresende muss nicht nur eine Einigung innerhalb des Rates, also unter den Regierungschefs, gefunden werden, sondern auch ein Kompromiss mit dem Parlament ausverhandelt werden. Ansonsten gibt es ab 2021 kein EU-Budget und damit auch keine Förderungen der EU, wie zum Beispiel das ERASMUS-Programm, mehr. Demnach wird der MFR auch die nächsten Monate über eines der zentralen Themen innerhalb der EU bleiben und mehrere Verhandlungsrunden anstehen.

Mehr Informationen zum Mehrjährigen Finanzrahmen finden Sie [hier](#).



Thema der Woche

Tirol-Besuch der Verkehrskommissarin ist Thema in EU-Parlamentsdebatte

Am 20. Februar 2020 fand eine Sitzung des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments statt. Geladen war Verkehrskommissarin Adina Valean, um über das neue Mobilitätspaket und den „Green Deal“ zu sprechen, sowie eine Reihe von Fragen der Abgeordneten zu beantworten. Unter anderem auf der Agenda: Der Besuch der Verkehrskommissarin in Tirol und die Brenner-Thematik.

Der Besuch der Verkehrskommissarin vor zwei Wochen in Tirol ließ die Wogen hochschlagen. Anstatt Lösungen in Bezug auf die Brenner-Problematik zu finden, kritisierte die Kommissarin die, nach ihrem Empfinden, „einseitigen“ Maßnahmen Tirols und legte sogar den Austritt aus dem Binnenmarkt nahe. Insgesamt herrschte nach dem Besuch Valeans große Verwirrung und Enttäuschung – nicht nur in der Tiroler bzw. österreichischen Politiker sondern auch in Brüssel. So wurde das Thema Bestandteil der Parlamentsdebatte des Verkehrsausschusses am 20. Februar, bei der die Kommissarin zu Gast war.

Das Brenner-Thema wurde von der Tiroler Abgeordneten Barbara Thaler (ÖVP) angesprochen: Thaler wunderte sich, wieso die Kommissarin zwar von der Wichtigkeit des „Green Deals“ und der Notwendigkeit, möglichst viel Verkehr auf die Schiene zu verlegen, sprach, sie aber dennoch Verzögerungen beim Bau der Zulaufstrecken zum Brenner Basistunnel hinnehme. Die Tiroler Abgeordnete betonte auch die Wichtigkeit, die Schweiz in Lösungen miteinzubeziehen, da viel Verkehrsunternehmen längere Wege in Kauf nehmen würden, um die teureren Strecken zu vermeiden. Des Weiteren unterstrich Thaler mit Nachdruck, dass Tirol am Limit angekommen sei und

„Warum müssen wir hilflos zusehen, wie zugesagte Bauprojekte nicht gebaut werden. Wenn Sie die Tiroler Notfallmaßnahmen als einseitige Maßnahmen bezeichnen, dann muss ich sagen, dass auch das Nicht-Bauen von Zulaufstrecken eine einseitige Maßnahme ist. Was wird die Kommission dagegen machen? Neben den langfristigen Lösungen braucht es aber auch jetzt Maßnahmen!“

- EP-Abgeordnete Barbara Thaler

alles getan habe, um sichere Verkehrswege zu gewährleisten. Doch komme man mit einem 43 prozentigen Anstieg des LKW-Verkehrs von 2013 bis 2018 einfach nicht mehr zurecht. Auch sei sie sehr überrascht gewesen, dass die Kommissarin ohne konkrete Lösungsvorschläge nach Tirol gekommen sei.

Auch der FPÖ-Europaabgeordnete Haider sprach von einem bleibenden Eindruck der Kommissarin in Tirol und zeigt sich bestürzt über die getätigten Aussagen.



Thema der Woche

Er verwies auf die fortgeschrittenen Verhandlungen zur Korridormaut unter der Juncker-Kommission und auf den 10-Punkte-Plan, welcher mit Deutschland vereinbart wurde. Zudem wollte er wissen, ob diese Abmachungen weiterhin ihre Gültigkeit behalten werden.

Von der Kommissarin kamen keine konkreten neuen Aussagen. Sie betonte die Wichtigkeit der Schiene und des Nord-Süd-Korridors zwischen Italien und Deutschland. Wichtig für Valean dabei: „Es darf kein Engpass entstehen.“ Zudem unterstrich sie erneut, dass sie einseitige Lösungen zur Einschränkung des Verkehrs nicht hinnehme, da dies das Ende des Binnenmarktes im Verkehr bedeuten würde.

Mehrere deutsche und italienische Abgeordnete bezogen ebenfalls Stellung zur Brenner-Thematik.

„Wir Tiroler sind überzeugte Europäer und als solche wollen wir auch wahrgenommen werden. Wir wollen gemeinsam Probleme lösen aber Europa kann die Verantwortung für funktionierende Verkehrswege nicht allein auf Tirol abschieben.“

- EP-Abgeordnete Barbara Thaler

Am bedeutendsten war wohl die Meldung von Markus Ferber (CSU) aus Bayern. Dieser erläuterte, dass die aus Umweltschutzgründen eingeführten Maßnahmen von Tiroler Speditionsunternehmen — welche Ausnahmeregelungen unterliegen — untergraben wurden, da diese in Deutschland Werbung dafür machen, die Regelungen umgehen zu können. „Was das der Umwelt bringt, hat mir noch keiner erklären können“, meinte Ferber. Er wollte von Valean konkret wissen, ob die Kommission bereit sei, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Tirol einzuleiten. Zwar benutzte die Kommissarin in ihrer Antwort nicht konkret diese Terminologie, doch sprach sie davon, Maßnahmen zu ergreifen.

[Hier](#) können Sie die Debatte im Ausschuss nachsehen.



Die Tiroler EU-Parlamentarierin Barbara Thaler befragte die Verkehrskommissarin in der Ausschusssitzung zum Thema Brenner



In eigener Sache

Büro-Besuch der JUNOS

Am Dienstag, den 18. Februar durften wir im Tiroler Verbindungsbüro eine Besuchergruppe der JUNOS – Junge liberale NEOS – begrüßen, die im Zuge ihrer Brüssel-Reise mehr über die Tätigkeiten des Regionalbüros erfahren wollten. Direktor Simon Lochmann stellte den jungen Erwachsenen die Aufgaben des Büros vor und diskutierte mit ihnen über aktuelle politische Themen wie Verkehr, den „Green Deal“ und die Zukunft der EU.





Europäische Kommission

Die digitale Zukunft Europas – Kommission stellt Strategie vor

Am Mittwoch, den 19. Februar präsentierte die Europäische Kommission eine europäische Datenstrategie sowie ein Weißbuch zur künstlichen Intelligenz.

Europa als Vorreiter: Bereits in ihren politischen Leitlinien betonte die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, dass Europa auf den Weg in eine neue digitale Welt die Führung übernehmen müsse. Denn die digitale Technologie besitzt das Potential, das Leben der Menschen zu verbessern. Das Anliegen der EU besteht nun darin zu ermöglichen, dass der digitale Wandel auch allen Menschen zugutekommt.

Als erster konkreter Schritt wurde nun die Strategie für einen digitalen Wandel für alle vorgestellt. Grundprinzipien sollen Offenheit, Fairness, Vielfalt, Demokratie und Vertrauen sein. In den nächsten fünf Jahren will sich die Kommission dabei auf drei Hauptziele konzentrieren: Technologie im Dienste der Menschen, eine faire und wettbewerbsfähige Wirtschaft und eine offene, demokratische und nachhaltige Gesellschaft. Die Strategie soll Europa in die Lage versetzen, modernste digitale Technik einzuführen und seine Cybersicherheitskapazitäten zu stärken. Europa soll seine offene, demokratische und nachhaltige Gesellschaft bewahren - digitale Werkzeuge können diesen Grundsätzen dienen. Die Europäische Union wird demnach ihren eigenen Weg zu einer weltweit wettbewerbsfähigen, auf Werten beruhenden und inklusiven digitalen Wirtschaft und Gesellschaft finden, dabei aber ein offener, aber auf Regeln beruhender Markt bleiben und weiterhin eng mit seinen internationalen Partnern zusammenarbeiten. Wesentlich wird vor allem die Vorreiterrolle in Sachen künstlicher Intelligenz sein.



„Wir stellen heute unser Ziele für die Gestaltung der digitalen Zukunft Europas vor. Sie decken alles von der Cybersicherheit über kritische Infrastrukturen, digitale Bildung und Kompetenzen bis hin zu Demokratie und Medien ab. [...] Ich will, dass dieses digitale Europa das Beste widerspiegelt, das Europa zu bieten hat – Offenheit, Fairness, Vielfalt, Demokratie und Vertrauen.“

*- Kommissionspräsidentin
Ursula von der Leyen*

Investitionen in diesen Bereich sollen deutlich erhöht werden. Dafür wurde ein Weißbuch zur künstlichen Intelligenz vorgelegt, in welchem die Vorschläge der Kommission dargelegt werden, wie



Europäische Kommission

die Entwicklung der KI in Europa unter gleichzeitiger Wahrung der Grundrechte gefördert werden kann.

Auch der digitale Wandel soll vom „Green Deal“ beeinflusst sein: Digitale Technologien sind eine entscheidende Voraussetzung für den „Green Deal“, die neue Wachstumsstrategie der EU, die darauf abzielt, bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent der Welt zu werden. So können sie beispielsweise die Energieeffizienz erhöhen, indem sie verfolgen, wann und wo Strom am meisten benötigt wird. Durch intelligentes Heizen kann das Äquivalent von 6 Millionen Tonnen Öl eingespart werden und Landwirte können dank Daten und künstlicher Intelligenz weniger Pestizide und Düngemittel einsetzen. Damit die Digitalisierung jedoch ihre Vorteile entfalten kann, muss der IKT-Sektor seine eigene grüne Transformation durchlaufen. Rechenzentren und Telekommunikation müssen energieeffizienter werden, mehr erneuerbare Quellen nutzen und sollten bis 2030 klimaneutral werden.

Nach der Vorstellung ihrer Strategie möchte die Europäische Kommission auch die Meinung der BürgerInnen einholen und berücksichtigen: Das Weißbuch zur künstlichen Intelligenz steht nun bis zum 19. Mai 2020 zur [öffentlichen Konsultation](#). Ebenso bittet die Kommission um [Stellungnahmen zu ihrer Datenstrategie](#). Auf der Grundlage der eingehenden Beiträge wird die Kommission weitere Maßnahmen ergreifen, um die Entwicklung einer vertrauenswürdigen KI und die Datenwirtschaft zu unterstützen. (Alle aktuellen Konsultationen finden Sie am [Ende des Newsletters](#))

[Hier](#) finden Sie das Factsheet zur Digitalen Zukunft Europas, mehr Information zum Vorschlag der Kommission [hier](#), das Weißbuch [hier](#). Zusätzlich finden Sie [hier](#) ein Interview mit dem EU-Parlamentarier Axel Voss (EVP) über KI.

"Die Zukunft hat bereits begonnen, die Digitalisierung schreitet voran und erreicht schon fast alle Lebensbereiche. Diese Entwicklung wird sich rasant fortsetzen, ein Turbo in Richtung Internet der Dinge und Künstliche Intelligenz wird die superschnelle 5G-Datenübertragung. [...] Es ist höchste Zeit, geeignete Rahmenbedingungen für diese Zukunft zu schaffen."

- ÖVP-Europaabgeordneten Othmar Karas und Barbara Thaler



Europäische Kommission

100 Millionen Euro für Programm LIFE

Die Europäische Kommission möchte 100 Millionen Euro für Projekte im Rahmen des Programmes LIFE zur Förderung eines umweltfreundlichen, klimaneutralen Europas investieren. Mit den Geldern sollen zehn Umwelt- und Klimaprojekte unterstützt werden, die den Übergang Europas zu einer nachhaltigen Wirtschaft und zur Klimaneutralität fördern.



Zentrales Anliegen der Europäischen Kommission ist der Umwelt- und Klimaschutz. Nicht zuletzt das ambitionierte Programm des „Green Deals“, das zur Klimaneutralität 2050 führen soll, stellt dies unter Beweis. Die Projekte des Programmes LIFE tragen dazu bei, dieses Vorhaben zu verwirklichen. Dabei werden neben klassischen Umweltschutzprojekten auch vorbereitende Maßnahmen und Kapazitätsaufbau gefördert. Darüber hinaus werden mithilfe integrierter Projekte Mitgliedsstaaten unterstützt, in den Bereichen Natur, Wasser, Luft, Abfall, Klimaschutz und

Anpassung an den Klimawandel das EU-Recht einzuhalten und Mittel aus anderen EU-Quellen, von nationalen und regionalen Akteuren und aus dem Privatsektor zu mobilisieren. Ziel ist es, die Erholung und den Schutz wichtiger Ökosysteme und Arten zu schützen, den Übergang zur Kreislaufwirtschaft zu erleichtern, sowie die Luft- und Wasserqualität zu erhöhen, sprich die Lebensqualität der europäischen BürgerInnen zu verbessern. Genau solche integrierten Projekte in zehn Ländern möchte die EU-Kommission nun mit über 100 Millionen Euro fördern. Konkret werden unterschiedlichste Projekte



Europäische Kommission

„Mit den integrierten LIFE-Projekten können die Behörden der Mitgliedstaaten wirklich etwas für die Umwelt und für das Leben der Menschen tun. Die Projekte helfen den Mitgliedstaaten, die Natur zu schützen, die Luft- und die Wasserqualität zu verbessern und die Wirtschaft umweltfreundlicher zu gestalten. Dies stärkt unsere Resilienz gegenüber dem Klimawandel.“

- Virginijus Sinkevičius, Kommissar für Umwelt, Meere und Fischerei

unterstützt: Die Palette reicht von Hilfe bei der Vermeidung und Wiederverwendung von Abfällen in Griechenland, bis hin zum Schutz von Wasserqualität in Seen in Lettland und Reduzierung von Luftschadstoffen in Tschechien.

Das Programm LIFE stellt seit 1992 das Finanzierungsinstrument der EU für Umwelt- und Klimapolitik dar. Bisher wurden bereits mehr als 5400 Projekte in der EU und Drittländern kofinanziert. Zurzeit sind rund 1100 Projekte im Gange und werden mit insgesamt 3,4 Mrd. Euro

(Zeitraum 2014-2020) gefördert. Diese Zahl soll laut EU-Kommission im nächsten langfristigen EU-Haushalt (2021 – 2027) sogar um 60 Prozent gesteigert werden. Auch Österreich und Tirol profitierte maßgeblich vom LIFE-Programm: So wurden zum Beispiel bereits knapp 4 Millionen Euro zum Schutz der Tiroler Lech zur Verfügung gestellt.

Mehr Informationen über das LIFE-Programm finden Sie [hier](#). Einen Factsheet zu österreichischen LIFE-Projekten [hier](#) und mehr zum Lech-Projekt [hier](#).



Europäisches Parlament

Europäischer Bürgerpreis 2020

Jährlich vergibt das Europäische Parlament einen „Europäischen Bürgerpreis“ für zivilgesellschaftliche Projekte. Noch bis 20. April 2020 haben Bürgerinnen und Bürger der Union die Möglichkeit, eigene Ideen für den Wettbewerb einzureichen.



EUROPÄISCHER BÜRGERPREIS 2020



Seit 2008 wird der Preis verliehen, „um außergewöhnliches Engagement von Einzelpersonen oder Projekten zu ehren, die das gegenseitige Verständnis und die Integration innerhalb Europas fördern“. Vergeben wird die Auszeichnung sowohl an Bürgerinnen und Bürger als auch an Gruppen, Vereinigungen und Organisationen. Gezielt gesucht wird nach Projekten, die ein besseres gegenseitiges Verständnis und eine stärkere Integration zwischen den BürgerInnen der Mitgliedstaaten fördern oder die grenzüberschreitende oder transnationale Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union erleichtern. Darüber hinaus können Projekte eingereicht werden, die den europäischen Geist stärken oder im Zusammenhang mit dem Europäischen Jahr stehen. Weiters in Frage kommen Projekte, die den in der Charta der Grundrechte der

Europäischen Union verankerten Werten konkreten Ausdruck verleihen.

Eingereicht bzw. vorgeschlagen werden können alle Projekte, die ganz oder teilweise in Mitgliedstaaten der EU durchgeführt und von BürgerInnen eingereicht wurden, die entweder eine EU-Staatsangehörigkeit besitzen oder innerhalb der Europäischen Union wohnhaft sind. Insgesamt werden jährlich bis zu 50 PreisträgerInnen aus allen Mitgliedstaaten ausgezeichnet. Die Einreichungsfrist endet am 20. April 2020.

[Hier](#) können Sie sich selbst bewerben oder eine Person/Gruppe/Vereinigung/Organisation für den Preis vorschlagen. Die Regelungen für den Europäischen Bürgerpreis finden Sie [hier](#).



Rat der Europäischen Union

Faire Besteuerung: EU aktualisiert Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke

Die EU-Finanzminister haben die Liste der EU-Länder aktualisiert, welche sich nicht den Regeln der Steuertransparenz anpassen. Erneut wurden vier Länder/Gebiete aufgenommen.

Bis dato umfasste die Liste acht Länder und Gebiete - Amerikanisch-Samoa, Fidschi, Guam, Samoa, Oman, Trinidad und Tobago, Vanuatu und die Amerikanischen Jungferninseln – und diese wurde nun um die Kaimaninseln, Palau, Panama und die Seychellen erweitert. Im Zuge des Verfahrens zur Aufstellung der Liste werden die Länder und Gebiete anhand von drei Hauptkriterien bewertet: Steuertransparenz, Steuergerechtigkeit und reale Wirtschaftstätigkeit. Länder und Gebiete, die eines dieser Kriterien nicht erfüllen, sollen sich dazu

verpflichten, die Mängel innerhalb einer bestimmten Frist abzustellen. Im weiteren Verlauf will die EU natürlich mit diesen Ländern im Dialog bleiben, um zukünftig Verbesserungen zu erreichen. Eine weitere Priorität besteht darin, Länder, die von der Liste gestrichen wurden, zu überwachen, um sicherzustellen, dass sie in der Praxis ein verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich an den Tag legen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Außenminister einigen sich auf neue Mission vor libyscher Küste

Die Außenminister der EU haben sich darauf geeinigt, eine neue Operation im Mittelmeerraum zur Einhaltung des Waffenembargos der Vereinten Nationen einzuleiten.

Die bisherige Operation Sophia soll demnach am 20. März auslaufen. Die neue Mission soll gegen illegalen Waffenschmuggel und organisierte Kriminalität vorgehen und die Ausbildung der libyschen Küstenwache und Marine weiterführen. Die Minister seien sich einig gewesen, dass die Europäische Union eine entscheidende Rolle einnehmen müsse, damit die Waffenruhe halten könne. Die neue Operation wird Luft-, Satelliten- und Seeinheiten umfassen und soll sich vorwiegend auf den Osten der libyschen Küste konzentrieren, da

dort ein Großteil des Waffenschmuggels stattfindet. Die potentiellen Auswirkungen auf die Migrationsströme sollen dabei sorgfältig und regelmäßig überwacht werden. Wenn nötig soll dies zum Abzug von Marineeinheiten aus dem betreffenden Gebiet führen. Die Einzelheiten der Einigung werden nun ausgearbeitet und sollen beim nächsten Außenministerrat weiter erörtert werden.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Sonstiges

Interreg-Programm feiert Jubiläum – 30 Jahre grenzüberschreitende Zusammenarbeit

2020 jährt sich die Gründung des Interreg-Programms der EU zum dreißigsten Mal. Ziel damals wie heute: Förderung der territorialen Zusammenarbeit zwischen den Grenzregionen.

Ein wesentlicher Bestandteil der EU ist die Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg. Ein entscheidendes Programm in der Förderung dieser Zusammenarbeit ist Interreg. Gegründet 1990, handelt es sich um ein symbolträchtiges Flaggschiff der Kohäsionspolitik, dass den Rahmen für gemeinsame Maßnahmen nationaler, regionaler und lokaler Akteure unterschiedlicher Mitgliedsstaaten bildet. Ziel ist es, harmonische, wirtschaftliche, soziale und territoriale Entwicklung der gesamten Union zu fördern. Dazu werden grenzübergreifende, transnationale und interregionale Projekte zwischen Gemeinschaften, Regionen und Ländern in der EU und ihren unmittelbaren Nachbarn gefördert. Allein im Zeitraum 2014-2020 betrug das dafür vorgesehene Gesamtbudget 12 Mrd. Euro. Auch Tirol profitiert direkt durch Gelder von Interreg, wie am Beispiel des „[Fit4Co - Fit for Cooperation](#)“-Projektes. Fit4Co, eine Initiative der Europaregion Tirol-Südtirol-



Trentino, bietet Starthilfe für grenzübergreifende Projektplanung in der Region.

2020 wird im Zuge des dreißigjährigen Jubiläums ganzjährig eine Interreg-Kampagne unter dem Motto „Nachbarn“, „Grün“ und „Jugend“ durchgeführt. Darüber hinaus soll 2020 Bilanz über den bisherigen Werdegang gezogen und eruiert werden, wo in Zukunft Verbesserungspotenzial besteht.

[Hier](#) finden Sie die Website von Interreg.

„Interreg ist ein Programm, das mir sehr am Herzen liegt. Es ist ein einzigartiges Instrument für die Zusammenarbeit, das durch Kohäsionsmittel unterstützt wird und es den Regionen und Ländern ermöglicht, gemeinsame Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Interreg-Projekte sind konkrete Beispiele dafür, dass Grenzen keine Hindernisse darstellen müssen, sondern eine Chance für Wachstum und erfolgreiche Zusammenarbeit sein können. In den vergangenen 30 Jahren hat Interreg mit zahlreichen von der EU geförderten Projekten die mehr als 170 Millionen Europäerinnen und Europäer, die in Grenzregionen leben, näher zusammengebracht, ihr Leben verbessert und neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit geschaffen.“

- Elisa Ferreira, Kommissarin für Kohäsion und Reformen



Sonstiges

Together for Albania - 1,15 Mrd. Euro für Wiederaufbau nach Erdbeben in Albanien

Im Rahmen einer internationalen Geberkonferenz in Brüssel verpflichteten sich die EU und weitere Organisationen insgesamt 1,15 Mrd. Euro für den Wiederaufbau nach dem Erdbeben in Albanien vom 26. November 2019 bereitzustellen.

Ein unglaubliches Ausmaß an Zerstörung blieb nach der Katastrophe am 26. November 2019 in Albanien zurück: Das Erdbeben der Größenordnung 6,3 der Richterskala kostete 51 Menschen das Leben, führte zu über 900 Verletzten und raubte 17.000 Menschen ihr Zuhause. Insgesamt 200.000 Menschen waren betroffen, tausende Gebäude wurden zerstört oder schwer beschädigt. Bereits am gleichen Tag entsandte die Europäische Union Such- und Rettungsteams in die Region, zusätzlich koordinierte das EU-Katastrophenschutzteam internationale Maßnahmen. Am 5. Februar veröffentlichte die Regierung Albaniens gemeinsam mit der EU, den Vereinten Nationen und der Weltbank einen Bericht zur Bedarfsermittlung nach der Katastrophe. Daraus geht hervor, dass insgesamt 1,08 Mrd. Euro für den Wiederaufbau der Region von Nöten sein werden. Vor allem im Bereich des Wohnungssektors, aber auch in der Landwirtschaft und in

Bildungseinrichtungen sind massive Zerstörungen zu verzeichnen.

Bei der internationalen Geberkonferenz am 17. Februar in Brüssel, veranstaltet von der Europäischen Kommission, trafen über 100 Delegierte der Europäischen Union, ihrer Mitgliedstaaten, internationaler Organisationen und der Zivilgesellschaft zusammen, um die benötigten Finanzmittel für Albanien zu mobilisieren. Insgesamt wurden Geldmittel in Höhe von 1,15 Mrd. Euro zugesagt, allein 400 Mio. Euro von der Europäischen Union. Die erste Finanzhilfe in Höhe von 15 Mio. Euro wird unverzüglich als Unterstützung für die Instandsetzung wichtiger öffentlicher Gebäude transferiert, um einen raschen Beginn der Unterstützung vor Ort zu ermöglichen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

„Die internationale Gemeinschaft stellte sich heute solidarisch an die Seite Albaniens. Ein Drittel der insgesamt zugesagten Mittel werden von der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Investitionsbank bereitgestellt. Die gesamte Europäische Union setzt sich für ein Land ein, das im Zentrum unseres Kontinents liegt und das – wie ich hoffe und überzeugt bin – auch eines Tages Teil unserer Union sein wird. Das albanische Volk weiß, dass es zu unserer europäischen Familie gehört – heute mehr denn je.“

- Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Nichtfinanzielle Angaben von Großunternehmen \(Aktualisierung der Rechtsvorschriften\)](#)

Bank- und Finanzdienstleistungen

20. Februar 2020 - 14. Mai 2020

[Menschenrechte – Überprüfung der EU-Anti-Folter-Verordnung \(2016-20\)](#)

Außen- und Sicherheitspolitik, Handel

19. Februar 2020 - 13. Mai 2020

[Europäischer Plan zur Krebsbekämpfung](#)

Öffentliches Gesundheitswesen

4. Februar 2020 - 28. April 2020

[Bodenabfertigungsdienste an EU-Flughäfen - Bewertung](#)

Verkehr

30. Jänner 2020 - 23. April 2020

[Finanzdienstleistungen - Verbesserung der Widerstandsfähigkeit gegen Cyberangriffe \(neue Regeln\)](#)

Bank- und Finanzdienstleistungen

19. Dezember 2019 - 19. März 2020

[Finanzdienstleistungen - EU-Rechtsrahmen für Kryptoaktiva](#)

Bank- und Finanzdienstleistung

19. Dezember 2019 - 19. März 2020

[Schädliche Chemikalien - endokrine Disruptoren, Überprüfung der EU-Vorschriften](#)

Umwelt, öffentliches Gesundheitswesen

16. Dezember 2019 - 9. März 2020

[Ursprungskennzeichnung für Fleisch - Bewertung](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

9. Dezember 2019 - 2. März 2020

[Unterstützung aus dem Europäischen Sozialfonds für allgemeine und berufliche Bildung - Bewertung](#)

Allgemeine und berufliche Bildung

18. November - 24. Februar 2020



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -
Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Simon Lochmann

Sandra Gintsberger, BA

Konrad Pölzl, BA

Abbildungsverzeichnis

S. 5

<https://www.barbara-thaler.at/de/>

S. 6

Fotocredit Konrad Pölzl

S. 7

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_273

S. 9

<https://ec.europa.eu/easme/en/news/eu-announces-100-million-funding-major-green-projects>

S. 11

<https://www.europarl.europa.eu/austria/de/aktuell-presse/meldungen/2020-meldungen/februar-2020/pr-2020-feb-5.html#shadowbox/1/>

S. 13

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement_20_207